



GdP im Landtag

❖ Klartext im AK-Innen der SPD

Freundschaftlicher Ton und Klartext in der Sache. Das war die Basis für das Gespräch einer GdP-Delegation mit dem "Arbeitskreis Innen" der SPD-Landtagsfraktion in Mainz.

Sicherheitslage

Einige Tage nach den Anschlägen von Paris war die Sicherheitslage natürlich Thema der Innenpolitiker, die Einschätzungen der GdP waren gefragt. Ernst Scharbach äußerte sein tiefgreifendes Unverständnis über Zeitpunkt und Inhalt der Diskussion über die so genannte "Vorratsdatenspeicherung". Bernd Becker plädierte für eine neue Sprachregelung: "Wenn wir von Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten" sprechen, wird vielleicht deutlicher, worum es geht, nämlich darum, dass "wir Eingriffsermächtigungen zur Erhebung der Daten haben, die Daten aber weg sind". Er erinnerte auch an die im POG durch fehlende Gesetzgebung entstandene gewollte Regelungslücke zur Bestandsdatenabfrage zum Zweck der Gefahrenabwehr.

Personal

Die GdP - allen voran die Kollegin Margarethe Relet, unterstützt durch Tarif-Fachmann René Klemmer - zeigte Möglichkeiten auf, wie Polizistinnen und Polizisten durch die Einstellung von Tarifbeschäftigten unterstützt werden können, beispielsweise bei der Abstands-



v. l. n. r. René Klemmer, Martin Haller, Astrid Schmitt, Michael Hüttner, Margarethe Relet, Hans Jürgen Noss, Anke Simon, Ernst Scharbach, Wolfgang Schwarz, Bernd Becker, Heinz-Werner Gabler, Andreas Sackreuter

und Geschwindigkeitsmessung. Diese Stellen müssten aber direkt oder mittelbar durch Einstellungen hinterlegt werden. Relet: "Die ganzen Programme und Zusagen helfen uns nicht, wenn gleichzeitig das Budget kontinuierlich gesenkt wird." Ärgerlich sei, so Vorsitzender Ernst Scharbach, dass die zugesagte Darstellung der Unterkunftswache bei der Bereitschaftspolizei durch externes Tarifpersonal immer noch nicht realisiert sei. Im Übrigen müsse dafür gesorgt werden, dass nach 2016 der Personalbestand Zug um Zug wieder anwachse, 9000 VZÄ Minimum mahnten

die GdP-Leute an und Heinz Werner Gabler rechnete vor, dass dazu mittel- und langfristig 470 Einstellungen erforderlich seien.

Der Verstärkung der Polizei durch "Wach- oder Hilfspolizisten" erteilten die SPD-Gesprächspartner um den Abgeordneten Hans-Jürgen Noss gemeinsam mit der GdP eine klare Absage. Noss: "Die SPD steht fest zur zweigeteilten Laufbahn".

Beförderungen

Am Ende des Gesprächs über Budget, Stellen und Beurteilungsverfahren stand die Forderung der GdP nach Regelbeförderungen nach A 10 und A 11. Heinz Werner Gabler rechnete vor, dass mit einem Einstieg zur Regelbeförderung nach A 10 40 % der derzeit anzufertigenden Beurteilungen entfallen könnten. Damit könne, in dem Punkt war man sich einig, das Frustrpotenzial des alljährlichen Verfahrens deutlich eingeschränkt werden. Vor allem Polizeisprecher Michael Hüttner und sein Nachfolger Wolfgang Schwarz zeigten sich interessiert an Möglichkeiten, die juristischen Bedenken zur Regelbeförderung zu überwinden. Für das anstehende Beförderungsverfahren **forderte** die GdP, die durch Minister Lewentz avisierte Budget-Erhöhung zu unterstützen; auch die Ankündigung, bei der Beförderung nach A 11 besondere Anstrengungen zu unternehmen, brauche politischen Rückenwind.

Transparenzgesetz: Keine Pflichten für die Polizei

Zum Aufreger entwickelte sich - so Ernst Scharbach - der Entwurf eines "Transparenzgesetzes", das eine Bringschuld des Landes zur Veröffentlichung von Verwaltungsvorgängen beschreibe. Scharbach: "12 Mio. Euro für ein Transparenzgesetz als Anfangskosten zu kalkulieren und eine oder zwei Mio. zu verweigern, mit denen der "Dienst zu ungünstigen Zeiten - DUZ" angemessen honoriert werden könnte, ist aus unserer Sicht absolut nicht nachvollziehbar".

MdL Martin Haller erläuterte, dass die Transparenz nur ein Teil des Gesetzes sei. Vor allem gehe es um Verwaltungsmodernisierung durch Digitalisierung. Beim Thema E-Akte gebe es Nachholbedarf. Im Übrigen sei die Polizei allenfalls an Schnittstellen zu anderen Behörden betroffen, eine Veröffentlichungspflicht für die Polizei sehe das Gesetz nicht vor.

Einig waren sich GdP und Haller, dass die Umsetzung des Transparenzgesetzes auch geeigneten IT-Personals bedarf. Generell müsse man übertarifliche Eingruppierungsmöglichkeiten nachdenken, um gute Fachleute zu finden und zu halten.

DUZ

Die wirklich spürbare Anhebung der Vergütung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten wäre eine Super-Chance zu zeigen, dass man es ernst meint mit der Wertschätzung für das, was die Polizei leistet. Ernst Scharbach: "Wenn man alleine die Inflation seit der letzten Anhebung drauf rechnet, kommt man auf eine zwei vor dem Komma, ohne die Besoldungserhöhung". Diese GdP-Botschaft wurde deutlich vermittelt und ist - auch wenn es um ein Thema geht, das von der Regierung zu verantworten ist - bei den Abgeordneten angekommen. Das gilt auch für das GdP-Modell für die zeitliche Faktorisierung von Nacharbeit. MdL Wolfgang Schwarz: "Das ist verstanden und wir unterstützen das".

Besoldung und Bau

Tarifvertreterin Margarethe Relet und Besoldungsfachmann Heinz Werner Gabler stießen in ein und dasselbe Horn: "Wir wollen einen ordentlichen Tarifabschluss, eine 1:1-Übernahme für die Beamten und eine Kompensation für die auf 1 %

gedeckelten Jahre". Die Innenpolitiker der SPD zeigten Verständnis, äußerten aber die Befürchtung, dass die "Finanzer" das womöglich anders einschätzen.

Ums Geld ging es auch bei den Themen Bauen und Fahrzeuge. Die GdP regt an, sich einmal als Innenausschuss die bei der Polizei anstehenden Baumaßnahmen vorlegen zu lassen und die einzelnen Hemmnisse zu hinterfragen.

Fahrzeuge und Gesundheit

MdL Schwarz hatte sich seinerseits zur Frage der Halbgruppenfahrzeuge bei der Bereitschaftspolizei informiert und befürchtet eine chronische Unterfinanzierung durch die Rückführung der Finanzierung durch den Bund. Er bittet die GdP um Unterstützung bei dem Thema.

Einigkeit herrschte beim Ziel, die Einführung der Freien Heilfürsorge und die Einrichtung eines "Institutes für Gesundheit und Arbeitsschutz in der Polizei - IGAP" weiter zu verfolgen.